



## Kooperationsvertrag zwischen den Fraktionen von SPD, FDP und Bündnis 90 / Die Grünen im Rat der Stadt Lüdenscheid

### Einleitung

SPD, FDP und Bündnis 90 / Die Grünen gehen zur gemeinsamen Gestaltung der Lüdenscheider Kommunalpolitik eine Kooperation für die gesamte Wahlperiode 2009-2014 ein.

Die vereinbarte Kooperation unterscheidet sich von der klassischen Koalition darin, dass alle drei Partner nicht zu jeder politischen Frage gemeinsam abstimmen müssen.

Angesichts der äußerst schwierige Haushaltslage und der schwierigen Mehrheitsfindung im neuen Stadtrat vereinbaren SPD, FDP und Bündnis 90 / Die Grünen:

- a) die unten aufgeführten Punkte gemeinsam im Rat und Ausschüssen umzusetzen,
- b) durch regelmäßige monatliche Besprechungen weiter anstehende Fragen zu klären, so dass es zu einer möglichst einheitlichen Abstimmung in den Ausschüssen kommt,
- c) bei der Haushaltsplanberatung keine Zufallsmehrheiten zustande kommen zu lassen sowie Mehrausgaben nur gemeinsam und bei gleichzeitiger Gegenfinanzierung mitzutragen,
- d) bei größeren Differenzen durch gegenseitige Unterrichtung rechtzeitig Transparenz herzustellen.

### **1) Haushalt 2010, 2011 und 2012**

Hauptaufgabe der nächsten drei Jahre werden Fragen der Haushaltssanierung sein. Durch ein wahrscheinlich aufzustellendes Haushaltssanierungskonzept (HSK) müssen größere Summen pro Jahr eingespart werden.

Die Vorarbeiten der Horváth-&-Partner-Kommission müssen weitergeführt werden, sowohl freiwillige Aufgaben müssen zurückgeführt werden als auch Pflichtaufgaben in ihrem Umfang und ihrer Ausführung reduziert werden.

Eine dauerhafte Verschuldungspolitik zu Lasten nachfolgender Generationen ist keine Lösung.

Der Gewerbesteuerhebesatz wird für den Zeitraum bis Ende 2012 festgeschrieben.

Eine Anpassung der Grundsteuer an den Landesdurchschnitt wird zum Haushaltsplan 2011 – bei weiter schlechter Haushaltslage der Stadt Lüdenscheid – ernsthaft geprüft.

Die Einführung des Bürgerhaushalts möglichst ab Haushaltsplan 2011 zur besseren Transparenz gegenüber den Bürgern wird geplant.

### **1 b) Konjunkturpaket II / Infrastruktur**

Neben den beiden Projekten im Abschnitt 12 (Sport) sind in dieser Rangfolge zu finanzieren:

- a) eventuelle Investitionen für den Jugendtreff Buckesfeld
- b) Umgestaltung von Teilen des Jahnplatzes zu einem Mehrgenerationenspielplatz
- c) das Projekt Familie und Natur am Stilleking (gemeinsam mit dem Förderverein Naturschutz MK)
- d) Maßnahmen zur Barrierefreiheit
- e) Radwegenetz / fehlende Spielplätze z.B. im Bereich Fabiolastraße.

## **2) Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen als oberstes Ziel**

Die Stadt Lüdenscheid hat ausreichende Gewerbe- und Industrieflächen (siehe Diskussion zum Flächennutzungsplan) . Inwieweit weitere Optionen in Kooperation mit Nachbargemeinden (Schalksmühle etc.) notwendig werden, muss unter Betrachtung städtischer Interessen am Gewerbepark Rosmart entschieden werden. (Überprüfung der Vermarktung im Jahr 2011).

Es darf keine gegenseitige Konkurrenz bei der Preisgestaltung geben.

Die Reaktivierung von Brachflächen und leerstehenden Industriegebäude hat Vorrang, Erweiterungsmöglichkeiten am Standort sind bevorzugt zu entwickeln.

Der Flächennutzungsplan sollte möglichst im Jahr 2010 abgeschlossen werden.

Die weitere Unterstützung der Studiengänge der FH Südwestfalen in Lüdenscheid genauso wie die Ansiedlung des Lichtinstituts am Bahnhofsbereich hat hohe Priorität. Die schrittweise Umsetzung des Konzepts Denkfabrik / Regionale 2013 ist einer der Investitionsschwerpunkte der nächsten Jahre, immer unter Voraussetzung der entsprechenden Zuschüsse von Landesebene.

Durch Stärkung und Aufgabenbündelung in der Stabstelle Arbeit/Wirtschaft sind die Fördermöglichkeiten zu verbessern.

Die Schaffung des notwendigen Wissens über die verschiedensten Fördertöpfe bis nach Europa muss geleistet werden, auch in Kooperation mit der Agentur Mark und den Instituten in Lüdenscheid.

Das direkte Stadtmarketing durch die LSM ist weiter zu entwickeln, die Fortführung der Lichttrouten im 3-Jahres-Rhythmus ist anzustreben.

LSM/WKL muss jährlich im Bau- und Verkehrsausschuss einen Jahresbericht über Parkgebühren / Wirtschaftsplan abgeben, Fragen der Tarifgestaltung werden auch dort entschieden.

## **3) Stadtteilorientierte Planungskonzepte, insbesondere für Außenbezirke**

Nach der Konzentration auf die Innenstadt in den letzten Jahren müssen jetzt Stadtteile gefördert werden, die mit Abwanderung und Verlust von Infrastruktur zu kämpfen haben.

Mit möglichen Förderprogrammen wie Soziale Stadt / Stadtumbau West sind die Probleme der Außenbezirke anzugehen.

Auf der Grundlage der Daten der Arbeitsgruppe Demografie sind Konzepte für die 15 Sozialräume zu entwickeln (Prioritätenliste).

Insbesondere die Stadtteilkonferenzen als Teil einer Bürgerbeteiligung sollen ausgebaut werden, denn nur unter Einbeziehung der örtlichen Vereine / Organisationen etc. kann eine Stabilisierung erfolgen. Die Verwaltung hat die dazu notwendige Unterstützung zu leisten.

## **4) Angebot von kleinen Wohngebieten / siehe Diskussion Lenkungsreis Flächennutzungsplan und Demografie**

Ein Zukunftskonzept für Infrastruktur , vor allem vor dem Hintergrund der Bevölkerungsverluste, ist zu entwickeln. Bei Wohnbauflächen hat der Stadtumbau Vorrang.

Kleinere Wohngebiete wie der ehemalige Sportplatz Höh mit neuer Erschließung von der Herscheider Landstraße sind zügig zu planen.

Für eine Solarsiedlung ist eine geeignete Fläche zu finden.

Die Fläche der ehemaligen Kinderklinik sollte schnellstens reaktiviert werden.

Generationsgerechtes Wohnen ist zu fördern.

Die Lüdenscheider Wohnstätten AG muss ihren Bestand weiter modernisieren. Durch einen Beirat sind die Mieter stärker einzubeziehen.

## **5) Energie und Klimaschutz**

Die Energieversorgung muss in öffentlicher Hand bleiben.  
Die regionale Kooperation innerhalb der SEWAG sollte ausgebaut werden.

Die Förderung von regenerativen Energien (siehe aufzustellendes Klimaschutzkonzept der Stadt Lüdenscheid) hat hohe Priorität – Ziel ist eine CO<sub>2</sub>-Einsparung von 30 % bis 2020.  
Die Umsetzung und Überprüfung des Klimaschutzkonzepts wird durch neue Aufgabenzuweisung personell durch die Stadt abgesichert (keine Neueinstellung).

Die Stadt Lüdenscheid wird zukünftig Öko-Strom beziehen.

Städtische Dächer sollen gemeinnützigen Betreibern (z.B. Schulen, Fördervereinen etc.) und im Rahmen der Agenda 21 weiter kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Andere zahlen ein Entgelt.

Die Stadt Lüdenscheid wird Vorranggebiete für Windkraft / Repowering ausweisen und eine mögliche Nutzung der Deponie prüfen.  
Gleiches gilt für den Einsatz von Energie Biomasse in öffentlichen Gebäuden.

Durch einen Erfahrungsbericht der Verwaltung soll ein eventueller Handlungsbedarf für zusätzliche Maßnahmen zur Erhaltung schützenswerter Bäume ermittelt werden.

## **6) Bildung: Förderung der KiGas / Ausbau des Angebots für Unter Dreijährige (U3)**

Ziel ist ein gesundes Mittagessen für alle. Kinder dürfen aufgrund der schwierigen materiellen Lage der Eltern (z.B. Hartz IV) nicht benachteiligt werden.  
Gleiches gilt für den Schulbereich.

Die gestaffelten Beiträge sind beizubehalten.  
Ausreichende Plätze im U3-Bereich sind zu planen.

Frühkindliche Prävention z.B. durch Familienzentren ist ausbauen.  
Die städtische Koordinationsstelle muss erhalten bleiben.

Familienförderung muss im Rahmen des Bündnis für Familien weiterentwickelt werden.

## **7) Weiterer pädagogischer Ausbau der Ganztagsbetreuung / OGS-Bereich**

Das Angebot der Offenen Ganztagschule (OGS) ist entsprechend der Nachfrage stadtteilorientiert auszubauen.

Kinderarmut, Migrationshintergrund etc. bedeuten fehlende Bildungschancen, durch gezielte Förderung ist hier gegenzusteuern (siehe städt. Programm Bildungschancen).

Die Schulentwicklungsplanung als Arbeitsgrundlage muss wieder aufgenommen werden, ein Bericht über die Zahl der Abschlüsse in den verschiedenen Schulformen ist anzufügen.

Kein(e) Schüler(in) soll ohne Abschluss das Schulsystem verlassen. Die notwendige sozialpädagogische Förderung und Beratung ist zu leisten.

Zur Berufsorientierung ist die Kooperation und / oder Patenschaft mit der örtlichen Wirtschaft weiterzuentwickeln.

Die Fortschreibung des Bau- / Sanierungskonzepts für die Lüdenscheider Schulen ist weiterhin notwendig (Verwendung Schulpauschale).

### **8) Weiterentwicklung des Sozialpasses zum Lüdenscheid-Pass:**

Der bisherige Sozialpass wird zum Lüdenscheid-Pass weiterentwickelt, durch Ermäßigungen muss allen Lüdenscheider Bürgerinnen und Bürgern die Chance zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben gegeben werden.

Als besondere Förderung können Familien ab drei Kindern ebenfalls den Lüdenscheid-Pass beanspruchen (einkommensunabhängig).

Handel und Gewerbe sollen möglichst einbezogen werden.

### **9) Kultureinrichtungen / Zugangschancen für alle Bürgerinnen und Bürger**

Durch Gewinnung neuer Kunden (insbesondere jüngere Besucher, vermehrt auch durch Schulklassen) mit attraktiveren Angeboten muss eine Verminderung des Zuschussbedarfs der Kultureinrichtungen erfolgen.

Eine stärkere Differenzierung der VHS-Beiträge ist notwendig.  
Kooperationen mit den Nachbargemeinden sind zu prüfen.

Das Projekt Zuwanderung im städtischen Museum, auch zu Gewinnung neuer Besucher, wird unterstützt. Die Dauerausstellung muss überarbeitet werden.

Museumspädagogische Angebote sind notwendig und weiter auszubauen.

Die Arbeit der städtischen Galerie muss verstärkt in die Lichttrouten integriert werden.

Eine Verselbständigung des Kulturhauses sollte untersucht werden, um durch schnellere Entscheidungen die Auslastung des Hauses zu verbessern.

Die Überprüfung der Entbürokratisierung von Handlungsabläufen aller Kultureinrichtungen soll eingeleitet werden.

Durch eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit / Marketing der städtischen Kultureinrichtungen müssen Information und Koordination verbessert werden (wer macht was zu welchen Preisen?)

Die Möglichkeiten eines Kulturportals im Internet sind zu prüfen.

## **10) Bau und Verkehr**

Ein multifunktionaler, mehrgeschossiger Parkplatz im Bahnhofsbereich ist zu prüfen. Eine Tarifstruktur für Bahnkunden (z. B. Mehrtagesticket) muss erarbeitet werden.

Die Tarifstruktur der Parkgebühren wird grundsätzlich beibehalten, eine Modifizierung erfolgt durch Verlängerung der Brötchentaste in sog. 1b-Lagen auf 30 Minuten.

Die Parkpalette Corneliusstraße ist zügig zu bauen oder zu sanieren, die Nutzerstruktur sollte erhalten werden.

Wo möglich sollen Kreuzungen mit Kreisverkehren statt Ampeln ausgebaut werden.

Ein Radwegenetz im Außenbereich ist zu entwickeln.

Fußläufige Verbindungen sind zu verbessern.

Für das Parkleitsystem ist ein Hinweissystem mit Zahl der (vorhandenen, nicht der aktuell verfügbaren) Parkplätze ausreichend.

## **11) Öffentlicher Personen-Nahverkehr (ÖPNV)**

Die Reaktivierung des Personenverkehrs auf der Bahnlinie Brügge –Meinerzhagen bleibt unser Ziel. Dazu ist zügig zu untersuchen, inwieweit die Strecke wirtschaftlich betrieben werden kann.

Der Nachtbus ist zu erhalten.

## **12) Sport**

Die Sportplätze Brügge und Eggenscheid werden aus dem Konjunkturpaket II mit Kunstrasen ausgestattet, die Baukosten werden auf 700 000 € beschränkt. Höhere Baukosten müssen durch weiteres Sponsoring und ggf. Eigenbeteiligung der Vereine aufgefangen werden.

Zur Förderung des Sports in Lüdenscheid wird ein Konzept zur Weiterentwicklung der Sportstätten aufgestellt, auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung.

Die Übernahme von Verantwortung durch die Sportvereine ist weiter zu fördern.

Die Förderung der Jugendarbeit in den Sportvereinen wird weitergeführt, insbesondere stadtteilbezogene Angebote sollen sich nicht nur an Vereinsmitglieder richten.

## **13) Integration als wichtige gesellschaftliche Aufgabe**

Durch bessere Kooperation und mehr Kompetenzen im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten ist der neu zu wählende Integrationsrat zu stärken.

## **14) Junge Menschen in Lüdenscheid**

Der Freizeitstättenplan ist in Hinblick auf Zielgruppen und Standorte zu überprüfen.

Ein Kinder- und Jugendparlament ist mit Unterstützung der Jugendhilfe von unten aufzubauen.

## 15) Verwaltungsumbau

SPD, FDP und Bündnis 90 / Die Grünen werden noch in 2009 einen gemeinsamen Antrag zur zügigen Einführung eines Fachbereichsmodells stellen (sechs Fachbereiche mit Wegfall einer Hierarchieebene). Zur Zeit aktive Dezernenten werden wiedergewählt, solange sie nicht freiwillig ausscheiden oder in Pension gehen.

Die Verselbstständigung der Zentralen Gebäudewirtschaft (siehe weitere Vorschläge von Horváth & Partner) ist umzusetzen in Richtung Immobilienmanagement (z.B. auch Energieeinsparung).

Durch eine restriktive Stellenpolitik (Zeitstellen, vermehrte Nutzung vorhandener Kompetenzen statt teurer Vergaben (siehe Horváth & Partner) müssen auch Personal- und Sachkosten reduziert werden. Das Durchforsten städtischer Aufgaben wie z.B. der Übergangsheime ist notwendig.

Das städtische Vorschlagswesen ist zu überarbeiten. Die Arbeitsplatzgarantie bleibt erhalten.

Die Frage der zukünftigen Zahl der Auszubildenden wird differenziert: Im Bereich der allgemeinen Verwaltungsausbildung muss eine reale Perspektive zur Übernahme bewährter Nachwuchskräfte gegeben werden, in anderen Ausbildungsberufen muss aufgrund der schlechten Situation über Bedarf ausgebildet werden.

## 16) Ausschussbesetzungen

Wir treten ein für einen fairen Umgang mit allen im Rat vertretenden Fraktionen:

Das Modell 16-köpfiger Ausschüsse ist das rechtlich abgesicherte Modell, mit jeweils 6 SPD, 5 CDU, 3 FDP und Grüne (2 + 1 abwechselnd), 1 Lüdenscheider Liste und 1 Linke.

Der Hauptausschuss wird auf 17 Mitglieder erweitert, da er zukünftig auch die Aufgaben des BOFi übernehmen muss (FDP und Grüne je 2 Sitze).

Die Vorsitze der Ausschüsse werden möglichst gemeinsam verteilt, FDP und Grüne stellen jeweils einen Vorsitzenden.

## 17) Gremien der Gesellschaften

Durch ein besseres Beteiligungsmanagement ist der Rat in seiner Gesamtheit stärker einzubeziehen.

Kontinuierliche Ausschüttungen der Stadtwerke / SEWAG und ein stärkeres Engagement der Sparkasse Lüdenscheid z.B. durch die Bürgerstiftung sind angesichts der finanziellen Krise der Stadt Lüdenscheid notwendig.

Lüdenscheid, 9. Oktober 2009

---

**SPD-Fraktion**  
im Rat der Stadt Lüdenscheid

---

**FDP-Fraktion**  
im Rat der Stadt Lüdenscheid

---

**Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**  
im Rat der Stadt Lüdenscheid